

Master „Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft“ UHH, LAG Wirtschaftspolitik, Mitarbeiterin bei MdHB Xenija Melnik (Wirtschafts- und Technologiepolitik), Mitglied bei ver.di & Netzwerk Plurale Ökonomik e. V.



Bewerbung für den Landesvorstand

Liebe Genoss*innen,

mein politischer Schwerpunkt liegt bei der Wirtschaftspolitik. Dabei halte ich es grundsätzlich mit Marx: Der Mensch muss wieder im Zentrum der Arbeit stehen – denn er ist es, der den Mehrwert schafft. Unser Ziel muss sein, das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit grundlegend zugunsten der Beschäftigten zu verändern. Genau diese Umverteilung beginnt nicht erst im Betrieb, sondern schon im Staat: Wer heute über Steuergelder, öffentliche Investitionen und soziale Infrastruktur entscheidet, entscheidet darüber, wem die Wirtschaft dient.

Wir leben in einem Land, in dem zwei Menschen so viel besitzen wie die Hälfte der Bevölkerung zusammen. In Hamburg wie im ganzen Land bröckeln Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Busse und Bahnen – nicht, weil das Geld fehlt, sondern weil es falsch verteilt ist. Während jede dritte Person am Ende des Monats nichts mehr zum Sparen hat, steigen die Vermögen der Reichsten in perverse Höhen. Das ist keine Naturgewalt. Das ist Politik. Und diese Politik können wir beenden.

Wir leben in einer Welt in der Menschen in Gaza, der Ukraine, im Sudan und anderswo sterben und gleichzeitig schreiben Rüstungskonzerne wie Rheinmetall und co. Rekordgewinne. Hinter Kriegsvorhaben stehen weniger Sicherheitsinteressen als vielmehr Ressourcen, Absatzmärkte und Profite – jede Eskalation füllt die Auftragsbücher der Rüstungsindustrie. Umverteilung ist daher auch Friedenspolitik: Wer Rüstungsexporte stoppt und Milliarden in soziale Infrastruktur umlenkt, entzieht der Kriegslogik die ökonomische Grundlage.

Im Landesvorstand möchte ich dafür kämpfen, dass wir diese Zusammenhänge offensiv benennen. Nicht als abstrakte Theorie, sondern als konkrete Anklage: Es gibt Gewinner des Krieges. Und es gibt diejenigen, die die Zeche zahlen. Wir müssen auf der Seite derer stehen, die zahlen – und gegen die, die gewinnen. Jede Verbesserung der sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen ist auch ein Beitrag gegen die gesellschaftliche Rechte.

Im Landesvorstand möchte ich außerdem an einer engeren Verbindung zwischen Partei, Fraktion, Landesarbeitsgemeinschaften und außerparlamentarischen Bewegungen arbeiten. Unsere politischen Forderungen werden dann stark, wenn sie nicht nur in Parlamenten formuliert, sondern gemeinsam mit den Bewegungen entwickelt und durchgesetzt werden.

Solidarische Grüße ihr Mäuseeee

Judith